



FOTO: JOHNERPLATTCHAM

Alle Macht in Schweden geht vom Volke aus, und der Riksdag ist die höchste Volksvertretung

REGIERUNG:

Das schwedische Regierungssystem

Alle Macht geht vom Volke aus. Auf dieser Prämisse basiert die parlamentarische Demokratie in Schweden. Jeder Mensch hat dieselben Rechte und dieselbe Meinungsfreiheit sowie das Recht, die Herrschaftsausübung durch Politiker und Regierungsbehörden kritisch zu prüfen.

Im Vierjahrensturnus werden landesweit Wahlen durchgeführt. Gut 7 Millionen Menschen in Schweden sind wahlberechtigt und haben mit ihrer Stimmabgabe Einfluss darauf, welche Partei sie im Riksdag (Schwedisches Parlament), in den Provinziallandtagen und in den Gemeinderäten vertritt. Doch sie können die schwedische Politik auch auf andere Weise beeinflussen – indem sie an Referenden teilnehmen, einer politischen Partei beitreten oder die von der Regierung vorgelegten Berichte kommentieren.

Die schwedische Verfassung

Die schwedische Verfassung schreibt fest, wie Schweden regiert wird. Sie regelt das Verhältnis zwischen gesetzgebender und ausführender Gewalt sowie den Grundrechten und Grundfreiheiten der Bürgerinnen und Bürger. Die schwedische Verfassung besteht aus vier Grundgesetzen: dem Gesetz zur Regierungsform, dem

Thronfolgesetz, dem Gesetz über die Pressefreiheit und dem Gesetz über die Freiheit der Meinungsäußerung. Das Gesetz zur Regierungsform garantiert den Bürgerinnen und Bürgern unter anderem das Recht auf ungehinderte Informationsbeschaffung, das Recht, Demonstrationen zu organisieren, das Recht, politische Parteien zu gründen, und das Recht, ihre Religion zu praktizieren. Das Thronfolgesetz bestimmt die Erbfolge der Angehörigen des Hauses Bernadotte.

Das Gesetz über die Pressefreiheit beinhaltet den Grundsatz, der Öffentlichkeit nach Belieben Zugang zu offiziellen Schriftstücken zu gewähren. So soll eine offene Gesellschaft sichergestellt werden, deren Bürgerinnen und Bürger Einblick in die Arbeit von Riksdag, Regierung und Regierungsbehörden haben. Ein weiterer Grundsatz des Gesetzes über die Pressefreiheit ist die Freiheit der Veröffentlichung von Informationen: Jeder in

Schweden kann der Presse Informationen weitergeben, die er als wichtig erachtet und der Öffentlichkeit mitteilen möchte. Dabei hat der Informant das Recht auf Anonymität.

Das Gesetz über die Freiheit der Meinungsäußerung, das 1992 in Kraft trat, spiegelt in weiten Teilen die Grundsätze des Gesetzes über die Pressefreiheit zum Beispiel im Hinblick auf das Zensurverbot, die Freiheit der Veröffentlichung von Informationen und das Recht auf Anonymität.

Grundrechte

Eine Änderung eines der Grundgesetze muss vom Riksdag in zwei aufeinanderfolgenden Legislaturperioden beschlossen werden. Die Grundgesetze stehen über allen anderen Statuten, und kein Gesetz darf gegen die Verfassung verstoßen. ■

WISSENSWERTES ZUM THEMA**WELTSPITZE IM HINBLICK AUF DEN FRAUENANTEIL**

Nach den Wahlen 2006 stellte der Riksdag einen neuen Weltrekord im Hinblick auf den parlamentarischen Frauenanteil auf: 47 Prozent der gewählten Mitglieder des Riksdag waren Frauen. Auch nach der Wahl von 2010 bleibt Schweden mit einem parlamentarischen Frauenanteil von 45 Prozent an der Weltspitze.



FOTO: ULF HUETT NILSSON/JOHNER

PRESSEFREIHEIT

Schweden war 1776 das erste Land der Welt, das die Pressefreiheit einführt.

WICHTIGER BEITRAGSZÄHLER

Schweden ist einer der größten Beitragszahler der Vereinten Nationen und eines der wenigen Länder, die die Zielvorgabe der Vereinten Nationen erfüllen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungshilfe aufzuwenden. Seit sich das Land 1946 den Vereinten Nationen anschloss, war die aktive Beteiligung an der Vereinigung ein zentraler Aspekt der schwedischen Außenpolitik.



FOTO: JENNY GAULTZ/JOHNER

AUSSENPOLITIK

Im 20. Jahrhundert verfolgte Schweden die Strategie der Allianzfreiheit bzw. im Krieg die Strategie der Neutralität. Das Land ist seit 1995 Mitglied der Europäischen Union. Als Folge der neuen globalen Sicherheitslage hat Schweden seine außenpolitische Doktrin angepasst und spielt so auch eine aktivere Rolle bei der europäischen Sicherheitszusammenarbeit.



FOTO: FRANK CHMURAN/CHICPHOTOS

Der Riksdag hat 349 Mitglieder, die alle vier Jahre in landesweiten Wahlen von den schwedischen Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden

Der Riksdag – die Vertretung des Volkes

Die Regierung setzt die vom Riksdag gefassten Beschlüsse um und legt dem Riksdag Gesetzesänderungen und -vorschläge vor.

Der 349 Mitglieder zählende Riksdag ist Schwedens höchste Volksvertretung. Der Riksdag wird auf der Grundlage des Wahlrechts für alle Staatsbürgerinnen und -bürger, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und in Schweden wohnen oder wohnten, direkt gewählt. Seit 1971 hat der Riksdag nur eine Parlamentskammer.

Die landesweiten Wahlen zum Riksdag finden alle vier Jahre am dritten September Sonntag statt. Wählbar sind schwedische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die spätestens am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die Wahl erfolgt nach dem Verhältniswahlrecht, um sicherzustellen, dass die Sitze entsprechend der Anzahl der landesweit abgegebenen Stimmen auf die Parteien verteilt werden.

Die Vier-Prozent-Klausel

Um im Riksdag vertreten zu sein, muss eine Partei allerdings mindestens 4 Prozent aller landesweit abgegebenen Stimmen auf sich vereinen. So soll verhindert werden, dass sehr kleine Parteien ins Parlament einziehen.

Derzeit sind acht Parteien im Riksdag vertreten: die Moderate Sammlungspartei (Moderaterna, M), die Christlich-Demokratische Partei (Kristdemokraterna, KD), die Liberale Partei (Folkpartiet Liberalerna, FP), die Zentrumsparität (Centerpartiet, C), Die Grünen (Miljöpartiet de Gröna, MP), die Sozialdemokratische Partei (Socialdemokraterna, S), die Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna, SD) und die Linkspartei (Vänsterpartiet, V).

Der Ministerpräsident

Die Regierung leitet die Geschicke des Landes, ist dem Riksdag aber rechenschaftspflichtig. Der Riksdag ernennt den Ministerpräsidenten, der mit der Regierungsbildung beauftragt wird. Der Ministerpräsident wählt persönlich die Minister seines Kabinetts aus und entscheidet über die Vergabe der einzelnen Ressorts. Der Ministerpräsident und die Minister des Kabinetts bilden gemeinsam die Regierung. Laut Verfassung ist die Regierung – nicht das Staatsoberhaupt (der König) – befugt, Regierungsbeschlüsse zu fassen.

Gewöhnlich sind die Minister Vertreter der regierenden Partei oder Parteien. In vielen Fällen haben sie einen Sitz im Riksdag, den sie auch behalten, wenn sie ins Kabinett berufen werden, obwohl ein Stellvertreter ihre Pflichten im Riksdag wahrnimmt. Ein Minister, der dem Kabinett angehört, darf also an Parlamentsdebatten teilnehmen, muss sich aber der Stimme enthalten.

Bei der alljährlichen offiziellen Eröffnung des Riksdag im September gibt der Ministerpräsident seine Regierungserklärung ab, in der er die Regierungsziele für das nächste Jahr erläutert und die wichtigsten politischen Bereiche auf nationaler und internationaler Ebene definiert.

Die Aufgaben der Regierung

Die Regierung leitet die Geschicke Schwedens, indem sie die Beschlüsse des Riksdag umsetzt und die Initiative für neue Gesetze oder Gesetzesänderungen ergreift, über die der Riksdag zu befinden hat. >>

ERFAHREN SIE MEHR**DIE SCHWEDISCHEN WAHLEN UND IHRE GESCHICHTE**

2010: Die regierende Mitte-Rechts-Allianz gewinnt zwar vor dem rot-grünen Block, schafft aber keine absolute Mehrheit.

2006: Die bürgerlichen Parteien gründen ein Bündnis aus vier Parteien, die so genannte Allianz.

1998 und 2002: Die Sozialdemokratische Partei bleibt nach beiden Wahlen an der Macht, muss zur Umsetzung ihrer Politik aber eine parlamentarische Allianz mit der Linkspartei und Den Grünen eingehen.

1994: Die Sozialdemokraten bilden eine neue Minderheitsregierung.

1991: Die Moderate Sammlungspartei, die Liberale Partei, die Zentrumspartei und die Christlich-Demokratische Partei bilden eine bürgerliche Minderheitsregierung.

1985 und 1988: Die Sozialdemokratische Partei bleibt nach beiden Wahlen an der Macht.

1982: Der bürgerliche Block verliert seine Mehrheit, und die Sozialdemokratische Partei bildet eine Minderheitsregierung.

1979: Die bürgerlichen Parteien behalten die parlamentarische Mehrheit und bilden eine Regierung aus drei Parteien. Im Frühjahr 1981 scheidet die Moderate Sammlungspartei aus der Regierung aus.

1976: Die Sozialdemokratische Partei tritt zurück und wird von einer Koalition aus Zentrumspartei, Moderater Sammlungspartei und Liberaler Partei abgelöst.

1932–1976: Die Sozialdemokratische Partei regiert bis auf eine 100-tägige Interimsregierung im Jahr 1936 ohne Unterbrechung.

Unterstützt wird die Regierung bei ihren Aufgaben von der Kanzlei der Ministerien und rund 300 Regierungsbehörden. Das Kabinett zeichnet kollektiv für alle Regierungsbeschlüsse verantwortlich. Obwohl viele Routineangelegenheiten tatsächlich von einzelnen Ministern und nur formell von der Regierung verabschiedet werden, ist der Grundsatz der gemeinsamen Verantwortung für die Regierungsgeschäfte überall zu spüren. In ihrer offiziellen Funktion

- legt die Regierung dem Riksdag Gesetzesvorschläge vor,

- setzt sie Beschlüsse des Riksdag um,
- teilt sie die vom Riksdag bereitgestellten Gelder einzelnen Haushaltsbereichen zu,
- vertritt sie Schweden in der EU,
- führt Verhandlungen mit anderen Staaten,
- trifft sie Entscheidungen in Bereichen, die nicht von anderen Behörden abgedeckt sind,
- und leitet sie die Aktivitäten und Geschäfte der Exekutive. ■

Lokale und regionale Verwaltung

Die öffentliche Verwaltung Schwedens besteht aus drei Ebenen: der nationalen, regionalen und lokalen. Seit Schwedens EU-Beitritt im Jahr 1995 wird zudem die europäische Ebene immer wichtiger.

Die regionale Ebene

Auf regionaler Ebene ist Schweden in 21 Provinzen unterteilt. Politische Aufgaben auf dieser Ebene werden von den Provinziallandtagen übernommen. Diese sind für Angelegenheiten zuständig, die nicht auf kommunaler Ebene gelöst werden können, aber idealerweise innerhalb einer größeren Region koordiniert werden wie insbesondere das Gesundheitswesen. Die Provinziallandtage haben das Recht, zur Deckung ihrer Ausgaben Einkommenssteuern zu erheben. Außerdem gibt es noch die Provinzialregierungen, die die nationale Regierung auf regionaler Ebene vertreten.

Die lokale Ebene

Auf lokaler Ebene ist Schweden in 290 Gemeinden unterteilt, die jeweils von gewählten Gemeindevertretungen geleitet werden. Die Gemeinden sind für eine Reihe von Aufgaben und Dienstleistungen zuständig, die den Wohnungsbau, das Straßenwesen, die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, das Schulwesen, Sozialleistungen, die Altenfürsorge sowie die Kinderbetreuung umfassen. Die Gemeinden dürfen von ihren Gemeinde-

mitgliedern Einkommenssteuern und Gebühren für verschiedene Dienstleistungen erheben. Sie sind allerdings gesetzlich verpflichtet, bestimmte Grundleistungen zur Verfügung zu stellen.

Die europäische Ebene

Mit dem Eintritt Schwedens in die EU im Jahr 1995 kam die europäische Ebene hinzu. Wie alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist Schweden dem *Acquis communautaire* verpflichtet. Dazu gehören zum einen der EU- und der EG-Vertrag, zum anderen die Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen und Empfehlungen, die von den Organen der EU erlassen werden, sowie die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs. Beim

Entwurf und bei der Verabschiedung gemeinschaftlicher Rechtsvorschriften ist Schweden an den Entscheidungsprozessen beteiligt. Die schwedische Regierung vertritt Schweden im Rat der Europäischen Union, dem wichtigsten Entscheidungsorgan der EU. Über verschiedene Themen, die kürzlich vom Riksdag beschlossen wurden, wird derzeit auf EU-Ebene entschieden. ■



Drei Wahlen – drei Stimmzettel

FOTO: JOHNER

ERFAHREN SIE MEHR**GRUNDLAGEN DER SCHWEDISCHEN DEMOKRATIE**

In Schweden setzte sich die parlamentarische Demokratie in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zunehmend durch. 1909 wurden das allgemeine Wahlrecht für Männer sowie das Verhältniswahlrecht eingeführt. 1921 wurde das allgemeine Wahlrecht auf die Frauen ausgeweitet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Demokratie zum dominierenden Konzept in der schwedischen Politik.

DER STAATSCHEF OHNE FORMELLE MACHT

Nach dem Thronfolgesetz ist der König oder die Königin auf dem schwedischen Thron das Staatsoberhaupt. Das schwedische Staatsoberhaupt – seit 1973 Carl XVI. Gustaf – übt keine politische Macht aus und partizipiert nicht am politischen Leben. Als Staatsoberhaupt vertritt er die gesamte Nation und übernimmt in dieser Eigenschaft insbesondere zeremonielle Aufgaben und Funktionen. Neben seinen anderen Verpflichtungen ist der König Vorsitzender des Beirats für Auswärtige Angelegenheiten.

DIE OMBUDSPERSONEN DES RIKSDAG

Die Ombudspersonen des Riksdag befassen sich mit Beschwerden von Menschen, die der Auffassung sind, dass sie selbst oder eine andere Person von einer Behörde oder einem öffentlich Bediensteten ungerecht behandelt wurden. Der Beschwerdeführer braucht nicht die schwedische Staatsbürgerschaft zu besitzen, und auch Kinder können sich mit einer Beschwerde an die Ombudspersonen wenden.



FOTO: NIKLAS CARLSSON/CENTERBILDER

Die Köpfe der Mitte-Rechts-Allianz während der Kampagne zur Wahl 2010

Eine neue politische Landschaft

Die landesweiten Wahlen in Schweden im September 2010 erbrachten historische Resultate. Die herrschende Mitte-Rechts-Allianz besiegte zwar den rot-grünen Block, erlangte aber nicht die absolute Mehrheit.

Über Jahrzehnte hat die Sozialdemokratische Partei eine wichtige – oft sogar dominante – Rolle in der schwedischen Politik gespielt. Während der letzten 30 Jahre wechselten die Machtverhältnisse jedoch immer wieder zwischen dieser Partei und dem bürgerlichen Block.

In den landesweiten Wahlen am 19. September 2010 wurde Fredrik Reinfeldt als erster konservativer Ministerpräsident wiedergewählt, allerdings gewann seine Mitte-Rechts-Allianz nicht die absolute Mehrheit. Die Moderate Sammlungspartei, der der Ministerpräsident angehört, bekam 30,06 Prozent und lag damit erheblich über dem vormaligen Resultat von rund 20 Prozent. In einer historischen Niederlage erzielte die

Sozialdemokratische Partei lediglich 30,66 Prozent der Stimmen – weit unter den früheren Wahlergebnissen von rund 40 Prozent und auf dem niedrigsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg.

Mit dem Wahlergebnis von 2010 musste sich Schweden als letztes Land in die Liste der europäischen Nationen einreihen, in denen eine rechtspopulistische Partei den Sprung ins Parlament schaffte. Bis dahin kamen die Schwedendemokraten wegen mangelnder Unterstützung seitens der schwedischen Wähler nicht über die Vier-Prozent-Klausel. Die Wahl von 2010 könnte den Beginn einer Ära schärferer Gegensätze in der schwedischen Politik markieren. ■

Nützliche Links

www.jo.se Ombudspersonen des Riksdag – JO

www.manskligarattigheter.gov.se Webseite der schwedischen Regierung zum Thema Menschenrechte

www.riksdagen.se Das Schwedische Parlament – der Riksdag

www.skl.se Schwedische Vereinigung von Kommunen und Regionen

www.sweden.gov.se Kanzlei der Ministerien

Herausgegeben vom
Schwedischen Institut
Mai 2011 TS 21
Weitere Tatsachen finden Sie auf
www.sweden.se

SI.
Swedish Institute.

Copyright: Vom Schwedischen Institut auf www.sweden.se veröffentlicht. Alle Inhalte sind durch das schwedische Urheberrechtsgesetz geschützt. Mit Ausnahme von Fotos und Illustrationen sind Vervielfältigung, Verbreitung, Ausstellung, Veröffentlichung oder Sendung des Textes in allen Medien für nichtgewerbliche Zwecke und unter Hinweis auf www.sweden.se gestattet.

Das Schwedische Institut (SI) ist eine staatliche Behörde, die damit betraut ist, im Ausland das Interesse an und das Vertrauen zu Schweden zu erhöhen. Durch strategische Kommunikation und Austausch in den Bereichen Kultur, Ausbildung und Wissenschaft fördert das SI internationale Kooperationen und dauerhafte Beziehungen zu anderen Ländern.

Weitere Informationen über Schweden: auf www.sweden.se, über die schwedische Botschaft bzw. das schwedische Konsulat in Ihrem Land oder über das Schwedische Institut, Box 7434, SE-103 91 Stockholm, Schweden
Tel.: +46 8 453 78 00, E-Mail: si@si.se
www.si.se, www.swedenbookshop.com